

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1915

230 (20.5.1915) Abend-Ausgabe

Badischer Beobachter

Fernsprecher 535

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Postfach:
Karlsruhe 434

Erscheint während des Krieges an allen Werktagen in zwei Ausgaben — Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt vierteljährlich M. 2.70. Von der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pf. Auswärts (Deutschland) Bezugspreis durch die Post M. 3.20 vierteljährlich ohne Bestellgeld, bei Vorauszahlung, Bestellungen in Oesterreich-Ungarn, Bulgarien, Belgien, Holland, Schweiz, Italien bei den Postämtern. Uebrigens Ausland (Weltpostverein) M. 9.— vierteljährlich durch die Geschäftsstelle. Bestellungen jederzeit, Abbestellungen nur auf Vierteljährlich.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“
Wandkalender, Taschenscheintafeln usw.

Anzeigenpreis: Die siebenstellige kleine Seite oder deren Raum 25 Pf., Restraum 50 Pf., Platz, kleine- und Stellen-Anzeigen 15 Pf., Platzvorschrift mit 20% Aufschlag. Bei Wiederholung entsprechender Nachschlag nach Tarif. Bei Nichterhaltung des Fieles, Planerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren ist der Nachschlag hinfällig. Beilagen nach besonderer Vereinbarung. Anzeigen-Aufträge nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen. Schluß der Anzeigen-Aannahme: Täglich vormittags 8 Uhr, bezw. nachmittags 3 Uhr. Redaktion und Geschäftsstelle: Albrechtstraße 42

Notationsdruck und Verlag der „Gadenia“, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe Albert Hofmann, Direktor

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: F. H. Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wahl. Sprechstunden: von halb 12 bis 1 Uhr mittags

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Franz Pfeiffer in Karlsruhe

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 20. Mai, vorm. (M. L. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Frühes, unsicheres Wetter hemmt Gehen in Flandern und Nordwest-Frankreich die Geschwindigkeit. Auf der Westfront sind keine Fortschritte. Bei Abain wurde ein nächtl. feindlicher Vorstoß im Nahkampf abgewiesen. Zwischen Maas und Mosel war der Artilleriekampf besonders heftig. Gegen Norden gingen die Franzosen östlichilly in breiter Front zum Angriff vor, der überall zum Teil in erbittertem Handgemenge von uns abgewiesen wurde.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Mit dem auf der Linie Schagori-Frauenburg im Vormarsch gemeldeten stärkeren feindlichen Kräften ist es zu keiner Gefechtsberührung gekommen. An der Dubissa wurden russische Angriffe abgelehnt. 900 Gefangene und zwei Maschinengewehre blieben in unserer Hand. Gestern griffen wir nördlich Podubis an, nahmen die Höhe 105 und machten weitere 500 Gefangene.

Die südlich des Njemen vordringenden russischen Kräfte wurden bei Czyszabuda-Syn-tow-Szali völlig geschlagen. Die Reste des Feindes flohen in östlicher Richtung in die Wälder, kleinere Abteilungen halten noch Suki. Die blutigen Verluste der Russen waren sehr schwer. Die Zahl der Gefangenen erhöhte sich deshalb nur auf 2200. Ferner wurden 4 Maschinengewehre erbeutet.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Unsere über den San nördlich Pryemysl vorgehenden Truppen wurden gestern nachmittags erneut von den Russen in verzwiefelten Anstürmen angegriffen. Der Feind wurde überall unter sehr erheblichen Verlusten zurückgeworfen. Heute früh gingen wir auf einem Hügel zum Gegenstoß über und stürzten die Stellungen des Gegners, der eiligst flieht.

Oberste Heeresleitung.

Der französische Bericht.
Paris, 20. Mai. (M. L. B. Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht vom 19. Mai, nachmittags: Das schlechte Wetter hielt uns ab. Nachts über ereignete sich nichts auf der Front außer einigen Kanonaden an verschiedenen Stellen und einem durch unser Feuer eingestalteten Angriffsvorstuch des Feindes östlich Yperns.

Der Krieg zur See.

Torpedierte Schiffe.
London, 20. Mai. (M. L. B. Nicht amtlich.) Das Meeresbüro meldet aus Cardiff über die Torpedierung des Schiffes „Drumere“: Die „Drumere“ wurde gestern mittag auf der Höhe von Trevose Head torpediert. Der erste Torpedo besenkte das Schiff nicht. Es wurde von einem norwegischen Dampfer ins Schlepptau genommen. Beide Schiffe wurden von einem Unterseeboot verfolgt. Der Norweger durchschnitt deshalb das Kabel und dampfte weg. Hierauf wurde ein zweiter Torpedo auf die „Drumere“ abgefeuert, der den Dampfer zum Sinken brachte. Das norwegische Schiff nahm die Besatzung an Bord. Die Besatzung wurde dann von dem niederländischen Dampfer „Magdalena“ nach Cardiff gebracht.

Die Ministerkrise in England.

London, 20. Mai. (M. L. B. Nicht amtlich.) Bonar Law hat in der Guildhall eine Rede gehalten. Dabei sagte er, es ließen Gerüchte über Veränderungen in der Politik und Kombinationen von Politikern und Staatsmännern als zwecklos an, wenn sie zum Zusammenbruch des ganzen Kabinetts und deren Organisation zum Zweck der Wendung des Krieges führten.

London, 20. Mai. (M. L. B. Nicht amtlich.) Die Times schreiben über die bevorstehenden

Das letzte Wort!

In zwölfter Stunde, kurz bevor Italien sich ansieht, über sein Schicksal für jetzt und für die Zukunft, für seine ganze Geltung und Stellung im Konzert der Europamächte die Entscheidung zu treffen, stieg von der Tribüne des deutschen Reichstages her aus dem Munde des leitenden Staatsmannes des Deutschen Reiches, gewissermaßen als Mahnung und Warnung, das letzte Wort, der letzte Appell an die Vernunft und die Besonnenheit der für das Wohl des italienischen Landes und Volkes verantwortlichen Kräfte. Man wird nicht fehl gehen, einen inneren Zusammenhang zwischen den letzten Verhandlungen im ungarischen Parlament und den Darlegungen des Reichskanzlers zu erblicken. Während in Ungarn die Tatsache der Abtretung von Gebietsteilen der Doppelmonarchie zur Befriedigung italienischer Wünsche offen zugegeben und dabei zum Ausdruck gebracht wurde, daß man das ehrliche Versehen habe, die zutage liegenden Streitpunkte auf dem Wege eines gemeinsamen, guten und freundschaftlichen Verhandlungssatzes aus der Welt zu schaffen, und daß man die großen Opfer im Interesse der Erhaltung friedlicher und freundlicher Beziehungen gerne bringe, hat der deutsche Reichskanzler den Inhalt der österreichisch-ungarischen Zugeständnisse an Italien nunmehr dem Urteile der ganzen Welt unterbreitet.

Militärtransporte durch die Schweiz.

Bern, 19. Mai. (M. L. B. Nicht amtlich.) In Erwartung großer Militärtransporte von italienischen Staatsangehörigen aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch die Schweiz und zum Teil aus der Schweiz selbst, erneuerte die italienische Gesandtschaft in Bern das mit den Bundesbahnen über den Militärtransport von unbemittelten italienischen Staatsangehörigen im August v. J. abgeschlossene Abkommen. Die mittellosen Italiener werden demnach auf Kosten der italienischen Regierung unter Anerkennung der üblichen Lage für Gesellschaftsbilletts nach Italien zurückbefördert. An den Grenzen werden Vertrauensleute der italienischen Behörden über die unentgeltliche Militärtransportierung ihrer Landesangehörigen entscheiden, wobei die Bundesbahnen der italienischen Gesandtschaft in Bern Rechnung stellen werden. Der Transport italienischer Staatsangehöriger aus Frankreich und Deutschland hörte allerdings seit dem 5. August bis heute nie ganz auf. Der Militärtransport der französischen Evacuierten aus den von den Deutschen besetzten Gebieten Frankreichs durch die Schweiz ist vorläufig beendet. Vergangene Nacht wurde der letzte Zug mit etwa 500 Personen durch die Schweiz nach Genf geführt. Im ganzen wurden seit dem 5. März in rund 130 Zügen insgesamt 60 000 Personen durch die Schweiz nach Frankreich befördert.

Oesterreichisch-ungarische Militärgouvernements in Rußland-Polen.

Wien, 19. Mai. (M. L. B. Nicht amtlich.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Das Ameeoberkommando verfügt die Schaffung von Militärgouvernements in den besetzten Gebieten Rußland-Polens. Aus dem bisherigen Verwaltungsbereich des einen Armeekorpskommandos (mit den Kreisen Dombrowa, Olschitz, Mieschow, Moszczonow, Rinesow, Stobnica und Stielec) wird das kaiserlich königliche Militärgouvernement Kielec, aus dem bisherigen Verwaltungsbereich des anderen Armeekorpskommandos (mit den Kreisen Nowo Radomsk, Piotrkow, dann vorläufig Opoczno und Konskie) das Militärgouvernement Piotrkow geschaffen. Die Gouvernementsbehörde, die als Verwaltungs- und Zivilgerichtsbehörde zweiter Instanz fungiert, hat für das Militärgouvernement Kielec ihren Sitz vorläufig in Mieschow, später in Kielec, für das Gouvernement Piotrkow in der Gouvernementshauptstadt. Die beiden Militärgouvernements sind dem Armeekorpskommando unmittelbar unterstellt.

Beschränkte Wehrpflicht in England.

Berlin, 20. Mai. Wie verschiedene Morgenblätter auf Umwegen aus London gemeldet wird, plant die britische Regierung die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs, wonach in England eine beschränkte Wehrpflicht eingeführt werden soll, durch die nur je ein Sohn jeder Familie wehrdienstpflichtig wird. Es sei vorläufig die Einziehung der Altersstufen von 18-32 Jahren beachtlich. Dadurch würde England ein Heer von 400-500 000 Mann erhalten.

Rusland.

Rumänien.

Forderungen Russlands an Rumänien.

Da Russland auf Grund der in Sofia gewonnenen Erfahrungen mit der Möglichkeit eines freierwilligen Vorgehens Bulgariens gegen Serbien rechnet, sah sich der russische Gesandte in Bukarest veranlaßt, am 22. April an die rumänische Regierung einige Anfragen und Forderungen zu richten. Der Gesandte fragte zunächst, ob sich Rumänien gemäß dem Bukarester Vertrage im Falle eines bulgarischen Angriffs auf Serbien zu einem bewaffneten Einschreiten gezwungen fühlen werde. Die zweite Frage war die, ob ein etwaiges Festhalten Rumäniens an der Neutralität auch im Falle eines bulgarischen Angriffs auf Serbien auf Grund einer Verständigung zwischen Bulgarien und Rumänien geschehe. Eine solche Verständigung müsse Russland als Kriegsgrund betrachtet. Im Falle eines bulgarischen Angriffs auf Serbien erwartete Russland, daß die Bewegung russischer Schiffe in den rumänischen Gewässern und auf der Donau keine Behinderung erfahre. Falls Rumänien wider Erwarten nicht mehr am Bukarester Vertrage festhalte, werde auch Russland bei seinem Vorgehen gegen Bulgarien das nach dem Bukarester Vertrag den Rumänen zugefallene Dobrudscha Gebiet nicht als rumänisch anerkennen und seine Truppen durch dieses Gebiet marschieren lassen. Für den Fall eines russischen Vorgehens gegen Bulgarien verlangte der russische Gesandte freie Benutzung der rumänischen Bahnen für die Versorgung Serbiens mit Kriegsbedarf. Falls Rumänien den Abbruch der Verhandlungen annehmen sollte, bestünde die Möglichkeit, daß die rumänische Regierung in den Sphären der Donau-Gewässer in Aussicht. Damit nicht genug, verlangte der Gesandte weiter, Rumänien solle 900 Wagon Getreide, die nach Oesterreich-Ungarn gehen sollen, nicht absenden und überhaupt jede Ausfuhr nach den Ländern der Zentralmächte verhindern. Dafür wolle Russland die 80 000 Gewehre, die Rumänien aus Oesterreich erwarte, den Rumänen aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellen. Schließlich forderte der Gesandte nichts weniger, als Abbruch der Handelsbeziehungen Rumäniens mit Oesterreich-Ungarn.

Gemeindepolitik.

Freiburg, 20. Mai. Bei der Beratung des Vorschlags der Stadtgemeinde machte Bürgermeister Dr. Weiss eingehende Mitteilungen über die allgemeine wirtschaftliche Lage der Stadt. Infolge ihrer Zugehörigkeit zum Festungsgebiet Ströburg ist die Stadt mit Kriegsverrichtungen besonders stark, unter den badischen Städten wohl mit am stärksten belastet. Der Vorschlag brachte, da die Stadt in den letzten Jahren ihren Tätigkeitsbereich außerordentlich erweitert hat, eine 11 malige Erhöhung von 27 auf 38 Pf. Von dieser Erhöhung entfallen 5 Pf. auf den Einfluß des Krieges, der sich in der Minderberung der Einnahmen und Erhöhung der Steuerabgänge äußert, und 6 Pf. auf die durch die großen in der Entwicklung unterbrochenen Unternehmensbedingungen bedingten Veränderungen im Schuldienst.

Chronik.

Freiburg, 20. Mai. Im letzten Vereinsblatt des Badischen Bauernvereins werden Landwirte und Gartenbesitzer aufgefordert, möglichst viel Gemüse und Hülsenfrüchte anzubauen, um den in Folge der verhinderten Einfuhr entfallenden Ausfall an Nahrungsmitteln zu beden. Es werden verschiedene

Das letzte Wort!

In zwölfter Stunde, kurz bevor Italien sich ansieht, über sein Schicksal für jetzt und für die Zukunft, für seine ganze Geltung und Stellung im Konzert der Europamächte die Entscheidung zu treffen, stieg von der Tribüne des deutschen Reichstages her aus dem Munde des leitenden Staatsmannes des Deutschen Reiches, gewissermaßen als Mahnung und Warnung, das letzte Wort, der letzte Appell an die Vernunft und die Besonnenheit der für das Wohl des italienischen Landes und Volkes verantwortlichen Kräfte. Man wird nicht fehl gehen, einen inneren Zusammenhang zwischen den letzten Verhandlungen im ungarischen Parlament und den Darlegungen des Reichskanzlers zu erblicken. Während in Ungarn die Tatsache der Abtretung von Gebietsteilen der Doppelmonarchie zur Befriedigung italienischer Wünsche offen zugegeben und dabei zum Ausdruck gebracht wurde, daß man das ehrliche Versehen habe, die zutage liegenden Streitpunkte auf dem Wege eines gemeinsamen, guten und freundschaftlichen Verhandlungssatzes aus der Welt zu schaffen, und daß man die großen Opfer im Interesse der Erhaltung friedlicher und freundlicher Beziehungen gerne bringe, hat der deutsche Reichskanzler den Inhalt der österreichisch-ungarischen Zugeständnisse an Italien nunmehr dem Urteile der ganzen Welt unterbreitet.

Militärtransporte durch die Schweiz.

Bern, 19. Mai. (M. L. B. Nicht amtlich.) In Erwartung großer Militärtransporte von italienischen Staatsangehörigen aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch die Schweiz und zum Teil aus der Schweiz selbst, erneuerte die italienische Gesandtschaft in Bern das mit den Bundesbahnen über den Militärtransport von unbemittelten italienischen Staatsangehörigen im August v. J. abgeschlossene Abkommen. Die mittellosen Italiener werden demnach auf Kosten der italienischen Regierung unter Anerkennung der üblichen Lage für Gesellschaftsbilletts nach Italien zurückbefördert. An den Grenzen werden Vertrauensleute der italienischen Behörden über die unentgeltliche Militärtransportierung ihrer Landesangehörigen entscheiden, wobei die Bundesbahnen der italienischen Gesandtschaft in Bern Rechnung stellen werden. Der Transport italienischer Staatsangehöriger aus Frankreich und Deutschland hörte allerdings seit dem 5. August bis heute nie ganz auf. Der Militärtransport der französischen Evacuierten aus den von den Deutschen besetzten Gebieten Frankreichs durch die Schweiz ist vorläufig beendet. Vergangene Nacht wurde der letzte Zug mit etwa 500 Personen durch die Schweiz nach Genf geführt. Im ganzen wurden seit dem 5. März in rund 130 Zügen insgesamt 60 000 Personen durch die Schweiz nach Frankreich befördert.

Oesterreichisch-ungarische Militärgouvernements in Rußland-Polen.

Wien, 19. Mai. (M. L. B. Nicht amtlich.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Das Ameeoberkommando verfügt die Schaffung von Militärgouvernements in den besetzten Gebieten Rußland-Polens. Aus dem bisherigen Verwaltungsbereich des einen Armeekorpskommandos (mit den Kreisen Dombrowa, Olschitz, Mieschow, Moszczonow, Rinesow, Stobnica und Stielec) wird das kaiserlich königliche Militärgouvernement Kielec, aus dem bisherigen Verwaltungsbereich des anderen Armeekorpskommandos (mit den Kreisen Nowo Radomsk, Piotrkow, dann vorläufig Opoczno und Konskie) das Militärgouvernement Piotrkow geschaffen. Die Gouvernementsbehörde, die als Verwaltungs- und Zivilgerichtsbehörde zweiter Instanz fungiert, hat für das Militärgouvernement Kielec ihren Sitz vorläufig in Mieschow, später in Kielec, für das Gouvernement Piotrkow in der Gouvernementshauptstadt. Die beiden Militärgouvernements sind dem Armeekorpskommando unmittelbar unterstellt.

Beschränkte Wehrpflicht in England.

Berlin, 20. Mai. Wie verschiedene Morgenblätter auf Umwegen aus London gemeldet wird, plant die britische Regierung die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs, wonach in England eine beschränkte Wehrpflicht eingeführt werden soll, durch die nur je ein Sohn jeder Familie wehrdienstpflichtig wird. Es sei vorläufig die Einziehung der Altersstufen von 18-32 Jahren beachtlich. Dadurch würde England ein Heer von 400-500 000 Mann erhalten.

